



## Hintergrund

# Homophobie ins Abseits „Normal ist anders.“

Dieses Jahr startete die Berliner Initiative zur Akzeptanz sexueller Vielfalt. Das ist eigentlich ein Erfolg der Grünen. Denn es ist uns aus der Opposition heraus gelungen, einen Berliner Aktionsplan gegen Homophobie durchzusetzen. Das umfangreiche Maßnahmenpaket für mehr Aufklärung an Schulen und Fortbildung bei der Polizei sowie mehr Studien und Öffentlichkeitskampagnen wurde im Doppelhaushalt mit 2,1 Mio. Euro abgesichert. Doch warum braucht Berlin dieses Sonderprogramm? Sind nicht gerade wir das Zentrum des queeren Lebens?

Ja und gerade deshalb brauchen wir es. Die Statistik weist die meisten homophob motivierten Gewaltvorfälle für Schöneberg aus, genau den Bezirk, wo sich Lesben, Schwule und Transgender offen zeigen und damit angreifbar machen. Andere Stadtteile bleiben „no-kiss-areas“ für Lesben und Schwule. Das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen wurde seit seiner Einweihung bereits drei Mal geschändet. Die Statistik für politisch motivierte Kriminalität zeigt zwischen 2007 und 2009 eine Verdopplung der homophoben Gewaltfälle. Sicher auch, weil die Anzeigenbereitschaft steigt. Aber eine große Dunkelziffer bleibt.



„Normal ist anders“ (Foto: © fotos@queerkopf.de)

### Die Szene wird aktiv

Allerdings wehrt sich die Szene nun stärker. Tausende folgten Protestaufrufen nach homophoben und transphoben Übergriffen. Gegen homophobe Texte von HipHop- und Reggaeinterpreten machten Lesben- und Schwulenorganisationen und wir Bündnisgrünen mobil. Doch gibt es noch viel zu tun gegen Alltagsdiskriminierung. In Schulen ist „schwule Sau“ das häufigste Schimpfwort. Die Hälfte der Lesben und Schwulen outet sich nicht am Arbeitsplatz. In ganzen Gesellschaftsbereichen brechen nur mühsam die Tabus um queere Lebensweisen auf: in Religionen, auf dem Sportplatz und in den Chefetagen. Transgender und Intersexuelle erleben strukturelle Gewalt durch eine völlig veraltete Gesetzge-

bung. Zwangsoperationen an intersexuellen Kindern und Jugendlichen sind ein tabuisierter Skandal. Wir haben längst erkannt: Rechtliche Gleichstellung allein reicht nicht. Die Akzeptanz queerer Lebensweisen muss in jeder Generation neu erkämpft werden. In Berlin sind dazu vielfältige Aktivitäten gestartet worden, auch in den Bezirken, so wie der Regenbogenschutzbereich des LSVD gegen Homophobie und Rassismus in Schöneberg. Es braucht einen langen Atem und nachhaltige Ansätze damit der diesjährige CSD-Slogan „Normal ist anders“ allgemein anerkannt wird.

**Thomas Birk, Mda** —  
lesben- und schwulenpolitischer Sprecher B'90/Grüne

## Der Fall Treberhilfe Skandal liegt beim Senat

Seit Wochen geistern die Skandale der Treberhilfe durch die Presse: Millionenüberschüsse, Maserati, Villen, Sommerfeste. Genauso skandalös ist der Umgang der linken Senatorin Blum mit dem Vorgang. Erst wurde behauptet, Bundesrecht würde eine Wirtschaftlichkeitskontrolle bei den Trägern ausschließen. Das ist Unsinn: Entgelte werden regelmäßig neu verhandelt. Statt per Internet im Handelsregister in die Bilanz der Treberhilfe zu sehen, die Millionenüberschüsse zu entdecken und reduzierte Entgelte zu verhandeln, hat der Senat diese einfach fortgeschrieben und die Treberhilfe als Gelddruckmaschine weiter gefüttert. Die linken Gesundheits- und Sozialsenatorinnen haben sich aus jeglicher Fachpolitik verabschiedet. Als Planungs- und Steuerungsbehörde tauchen sie nicht mehr auf. Sozialpolitik heißt jetzt „soziale Stadt“ und Quartiersmanagement und wird in der Stadtentwicklungsverwal-

tung gemacht. Wie fatal diese Entwicklung ist, zeigt der Fall der Treberhilfe. Die Zahl der betreuten Obdachlosen in dem betroffenen Angebotsegment ist in den Jahren 2003 bis 2009 von 4000 auf 7000 Personen gestiegen. Dieses sozialpolitische Versagen einer rot-roten Regierung interpretierte die damalige Sozialsenatorin Knake-Werner als „Zeichen von Sozialstaat“. Eine Analyse, eine politische Reaktion, fand nicht statt. Durfte es nicht auffallen, dass sich in der gleichen Zeit die Zahl der Klienten der Treberhilfe von 400 auf 3500 erhöht hat und damit faktisch der gesamte Zuwachs von 3000 Klienten nur bei einem einzigen Träger stattgefunden hat? Bei einer funktionierenden Sozialverwaltung hätten alle Alarmglocken klingeln müssen. Wo kommen diese Fallzahlen plötzlich her und warum nur bei einem Träger? Doch keine Reaktion bei der Sozialverwaltung.

Nun müssen Schuldige gefunden werden. Also verkündet rot-rot: Die bösen Träger zahlen schlechte Tarife und beuten die Mitarbeiter aus. Dadurch entstehen Millionengewinne. Das ist nur die halbe Wahrheit. Rot-rot hat die Träger in den letzten Jahren bewusst in diese Situation getrieben. Im aktuellen Rahmenvertrag im Jugendbereich zum Beispiel wird mit einer Arbeitswoche von 43,5 Stunden gerechnet und ein Entgelt angesetzt, das rund 3 000 Euro geringer ist als für vergleichbare Stellen im öffentlichen Dienst. Arbeitszeit plus 15 Prozent, Gehalt minus 7 Prozent, das macht eine Abweichung gegenüber den Tarifen von 21 Prozent. Es ist der Senat höchstselbst, der eine Arbeitsstunde bei einem freien Träger für deutlich weniger wertvoll hält als im öffentlichen Dienst.

Harald Ehler bei der Treberhilfe hat unmoralisch und vielleicht auch illegal gehandelt. Doch den Boden dafür hat der Senat bereitet.

**Oliver Schruoffeneger, Mda** —  
B'90/Grüne

Fortsetzung von Seite 1

## Wem gehört die Stadt?

Das ist aber nicht das einzige Problem, das MieterInnen derzeit haben können. Da werden – wie in der Eisenaicher Straße 29 - Wohnungen aufwendig modernisiert, um dann die Mieten um 20 % zu erhöhen oder den MieterInnen zum Kauf anzubieten – für sage und schreibe 2.500 € pro qm!

Für Menschen beim Jobcenter oder beim Sozialamt gilt die AV (Ausführungsvorschrift) Wohnen. Dass sie von den Sozialgerichten nicht anerkannt wird, mag der arbeitslosen Mieterin ja vielleicht noch nutzen. Dass aber für eine Altbauwohnung in Citylage exakt dieselben Obergrenzen gelten wie für eine Neubauwohnung am Stadtrand, ist verheerend. Berlin ist – was die Mieten betrifft – nicht nur eine Stadt, sondern viele. Immer mehr einkommensschwache Menschen ziehen dorthin, wo die Mieten noch im Limit liegen, z.B. nach Marzahn oder Spandau. Gerade eine relativ arme Stadt wie Berlin braucht statt Verdrängung und Entmischung mehr Miteinander unterschiedlicher Menschen in den Quartieren, in den Kitas und Schulen genauso wie im öffentlichen Raum. Berlins Wohnungen haben einen enormen Nachholbedarf an energetischer Sanierung. In Hamburg oder Herne werden dafür Zuschläge gezahlt, gestaffelt nach Baujahr und Sanierungsstand, warum nicht in Berlin?

Im Gegenteil: Durch den Verkauf und späteren Börsengang der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GSW haben SPD und Linke ein Steuerungsinstrument ganz gezielt geschwächt – den öffentlichen Wohnungsbestand. 15 % des Wohnungsbestandes gehören noch den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und dabei soll es auch bleiben. Für einen gleichmäßigen Bestand städtischer Wohnungen sollten in Bezirken, die unter der Marke von 15 % liegen – und dazu gehört auch Tempelhof-Schöneberg mit nur 10 % und 18.586 Wohnungen – gezielte Ankäufe erfolgen.

Der letzte Wohnungsmarktreport der Investitionsbank Berlin wird von der zuständigen Stadtentwicklungssenatorin mit der Einschätzung kommentiert, dass Berlin einen attraktiven und preiswerten Wohnungsmarkt hat, von einer angespannten Marktlage könne nicht gesprochen werden. Bündnis 90/ Die Grünen teilen diese Einschätzung nicht. Deshalb wollen wir mit einem ganzen Paket von wohnungspolitischen Maßnahmen auf der Bundes- und Landesebene dafür sorgen, dass auch Menschen mit geringem Einkommen angemessen wohnen können, auch in der Innenstadt. Im Leittrag des Landesvorstands für die nächste Landesdelegiertenkonferenz heißt es: „Wohnung ist mehr als eine Ware. Sie ist der Ausgangs- und der Rückzugspunkt für die Menschen und ihre sozialen Beziehungen. Die Wohnung ist der Kernbereich des Privaten. Der grundrechtliche Schutz der Wohnung drückt dies ebenso aus wie der verfassungsrechtliche Anspruch auf angemessenen Wohnraum. Wohnungspolitik ist für uns ein Kernbereich von Sozialpolitik.“

**Sibyll Klotz** —  
Stadträtin für Soziales und Gesundheit Tempelhof-Schöneberg B'90/Grüne

Berlin verändert sich, das gilt auch für das Wohnen und die Mieten. Das hat Vorteile, was die Größe und Ausstattung der Wohnungen betrifft, aber eben auch Nachteile wie die sukzessive Verdrängung von Geringverdienern aus der Innenstadt. Oder die Zweckentfremdung von Wohnungen für Gewerbe, wie bei den 10.000 Ferienwohnungen, die an Touristen vermietet werden. Politik kann diese Entwicklungen nur begrenzt beeinflussen, aber sie kann es – wenn sie denn will. Rot/Rot hat auf wohnungspolitische Steuerungsmöglichkeiten weitgehend verzichtet.



Action in der BVV (Foto: Rolf Brüning)

# Wein, Vin, Vino

Ausgewählte Weine direkt vom Winzer - aus Italien, Frankreich, Deutschland, ... Entdeckungen aus Spanien, Portugal, Chile etc. Wir beraten Sie gern - auch für Ihre Feste & Partys Weinproben - Frei-Haus-Lieferservice

Steglitz Peschkestr. 1 / Ecke Rheinstraße

rot & weiß

Autos+Weine  
der Weineladen

Schöneberg Willmannsdamm 18 - am U-Bahnhof Kleistpark Mo - Fr 10 - 19 Uhr, Sa 10 - 15 Uhr Tel. 7 88 12 00 Fax 7 82 06 18 www.autos-weine.de

Weine am Walther-Schreiber-Platz Mo - Fr 15 - 20, Sa 10 - 16 Uhr Tel. 8 51 90 39

### Kanzlei Stähle

Fachanwalt für Arbeitsrecht

- |   |   |
|---|---|
| <p><b>Klaus Stähle</b><br/>Rechtsanwalt<br/>Fachanwalt für Arbeitsrecht</p> | <ul style="list-style-type: none"> <li>– Sie wurden gekündigt</li> <li>– abgemahnt, gemobbt</li> <li>– erhielten ein zweifelhaftes Zeugnis</li> </ul> |
| <p><b>Stefanie Wustrack</b><br/>Rechtsanwältin</p>                          | <ul style="list-style-type: none"> <li>– der Lohn wurde nicht gezahlt</li> <li>– die Eingruppierung ist nicht richtig</li> </ul>                      |

Fragen Sie uns um Rat, lassen Sie sich von uns vertreten und setzen Sie **Ihr Recht** durch.

Belziger Straße 74 | 10823 Berlin  
**Am Rathaus Schöneberg**  
Tel. 030 - 853 50 65  
www.kanzlei-staehle.de